

Politische Wissenskulturen

von Jan Sparsam



Titel Knowing Governance

Untertitel The Epistemic Construction of Political Order

Autor(en) Jan-Peter Voß / Richard Freeman (Hg.)

Land USA

Erschienen New York 2016: Palgrave Macmillan

Umfang 300 S.

Preis EUR 96,29

ISBN 978-1137514493

Ein Sammelband fragt nach der Produktion und Verwendung von Steuerungswissen

Die Wissenschaftsforschung ist hauptsächlich mit dem Einfluss der Natur- und Technikwissenschaften auf die Gesellschaft beschäftigt, die Verwendung und Wirkung der Sozialwissenschaften steht nur sporadisch auf ihrer Agenda. Das gilt auch für die (Selbst-)Beobachtung der Steuerungsrelevanz sozialwissenschaftlichen Wissens im Feld der Politik: Die Forschung beschäftigt sich in erster Linie - um

gleich eine Formulierung aus dem Beitrag von Arno Simons im vorliegenden Band aufzugreifen - mit der Verwendung von „knowlegde for governing“. Nach der Verwendung von „knowledge about governing“ (S. 178) aber, also solchen Wissens, das explizit für politische Steuerungszwecke generiert wird, fragt kaum jemand.

Der Band *Knowing Governance*, herausgegeben von Jan-Peter Voß (Berlin) und Richard Freeman (Edinburgh), präsentiert Antworten auf diese bisher unterrepräsentierte Frage. Die Herausgeber verorten ihre Herangehensweise zum einen vor dem Hintergrund des Ineinandergreifens von Verwissenschaftlichung der Politik und Politisierung der Wissenschaft, zum anderen problematisieren sie den konstitutiven Charakter von Wissen für die Existenz sozialer Tatsachen - im vorliegenden Fall zugespitzt auf politische Steuerung (S. ix f.; 1). Titelgebend möchten Voß und Freeman „the formalization and development of ways of knowing how to do politics“ als „knowing governance“ bezeichnen (S. 2).

Die Herausgeber stecken den theoretischen Bezugsrahmen zwischen Gouvernementalitätstheorie, konstruktivistischen Ansätzen und den Science and Technology Studies ab, die gleichzeitig das Spektrum der vertretenen Beiträge abdecken. Konzeptuell rücken sie kollektives Handeln im Steuerungsprozess, unterschiedliche Wissensarten und -instrumente, die Dinge, in die Wissen eingeschrieben ist, sowie die „Grenzarbeit“, [1] die zur Objektivierung des Wissens verrichtet werden muss, in den Fokus. Sie deuten an, dass der Einblick in den Produktions- und Verwendungszusammenhang von Wissen in politischen Steuerungskontexten immer auch den kritischen Blick auf Verabsolutierungen vermeintlich wahren Wissens schärfen kann. Zu klären ist dann, wie ein reflexiver Umgang mit Wissen aussehen kann und wie demokratisch die Wissensgenerierung in solchen Kontexten sein sollte (S. 25).

Die beiden theoretischen Beiträge des Bandes kommen - auf unterschiedlichen Wegen - zu dem Schluss, dass ohne „knowing“ kein politisches „doing“ zu haben ist. Jan-Hendrik Passoth und Nicholas J. Rowland diskutieren prominente Staatsverständnisse in der Politikwissenschaft unter der Fragestellung, inwiefern sie den Wandel politischer Steuerung zu verstehen helfen. Die Autoren schreiben einer Perspektive, welche das staatlich verankerte Wissen in den Mittelpunkt stellt, den Vorteil zu, Transformationen besser verstehen zu können als machtanalytische Ansätze, die Staatlichkeit akteur- oder netzwerktheoretisch zu begreifen suchen. Anschließend an Bruno Latour plädieren sie dafür, Macht als Effekt von *knowing governance* statt als ursächlichen Faktor aufzufassen (S. 55 f.). Im abschließenden Beitrag gibt Andrew Stirling dagegen zu bedenken, dass sich Machtverhältnisse auch auf die Gestalt von Wissen auswirken. Ein reflexiver Umgang damit könne eine „heterodyne democracy“ ermöglichen, die nicht nur herrschendes Wissen und machtvolle Akteure begünstige (S. 282).

Die empirischen Kernbeiträge des Bandes, die aus Platzgründen nicht alle besprochen werden können, erstrecken sich über ein weites Themenspektrum und

werten mit unterschiedlichen Instrumenten der Wissenschaftsforschung politische Steuerungsprozesse aus. Neben Themen wie Expertenwissen über Piraterie oder die Herstellung von politischer Partizipation geht es auch darum, wie politische Körperschaften Wissen zu legitimatorischen Zwecken einsetzen (oder es unter Verschluss halten). Ich beschränke mich hier auf diejenigen, die meines Erachtens am stärksten die von den Herausgebern anvisierten „ways of knowing“ thematisieren.

Thomas Pfister untersucht die gemeinsame Entwicklung der Europäischen Integrationsforschung und der Politik als Form der „Ko-Produktion“.[2] Im Mittelpunkt steht die europäische Wissenschaftsförderung am Beispiel des Rahmenprogramms „Horizont 2020“. Pfister geht es darum, welche Art von Wissen in diesen Kontexten auf welche Weise erzeugt wird. Er möchte zeigen, dass es sich bei dem Feld der Europäischen Integration weniger um eine geschlossene „epistemische Gemeinschaft“[3] handelt, als vielmehr um sich im Fluss befindliche Akte des „collective and contested reordering and reimagination of institutions, actors, and normative frameworks, of boundaries and relationships“ (S. 72). Treibende Kraft sei der Aktivierungsdiskurs im Umbau der Wohlfahrtsstaaten, der durch ein weit verzweigtes, stark ausdifferenziertes Netzwerk an Akteuren und Organisationen aus Politik und Wissenschaft produziert und in „epistemischen Praktiken“ (S. 75) sichtbar werde. Diese Praktiken wiederum stellten die geltenden „Repräsentationen“ politischer Steuerung (S. 76) sowie die Identitäten der WissensproduzentInnen her. Während sich durch Pfisters Darstellung zwar die Modi der Wissensproduktion präzise erkennen lassen, ist über die Gehalte der diesen Akten zugrundeliegenden „conceptualisations, theories, and normative frameworks“ (S. 80) allerdings noch nichts ausgesagt. Seine Analyse müsste deshalb dadurch ergänzt werden, die kognitive Dimension der Wissensformation in den von ihm selbst anvisierten Netzwerken auszuleuchten.

Holger Straßheim und Rebecca-Lea Korinek gehen dagegen stärker auf den kognitiven Gehalt ihres Gegenstandes ein: die *behavioural governance* in Großbritannien. *Behavioural governance* geht auf Überlegungen der Verhaltenspsychologen Daniel Kahnemann und Amos Tversky sowie auf das *nudge*-Konzept von Richard Thaler und Cass Sunstein zurück. Straßheim und Korinek zufolge ist die Etablierung verhaltenstheoretisch angeleiteter politischer Steuerung durch Pionierarbeit von Organisationen wie dem Behavioural Insights Team (BIT) und die anschließende Adaption ihrer Wissensprodukte in politischen Legitimationsmustern möglich gemacht worden. Das BIT konnte verhaltenstheoretisches Wissen politikfähig machen und Brücken schlagen: „between science and politics, knowledge and values, citizens and the state“ (S. 114). Der Erfolg dieser Verbindung beruht Straßheim und Korinek zufolge auf mehreren Faktoren: Zunächst habe das BIT eine Doppelsexpertise in wissenschaftlichen und politischen Belangen. Zweitens seien dessen ‚Produkte‘ sowohl wissenschaftlicher als auch alltagsweltlicher Natur. Letztere könnten deswegen auch problemloser von politischen Akteuren in wissenschaftsfernen Kontexten verwendet werden. Drittens zeichne sich die verhaltenstheoretische

politische Steuerung durch einen konsekutiven Charakter aus, so dass sie als langfristige Programmatik geeignet sei. Letztlich aber sei es die epistemische Verwandtschaft dieser Programmatik mit dem ‚Big Society‘-Diskurs des ehemaligen britischen Premierministers David Cameron gewesen, die ihre Implementierung erkläre: Als „sociotechnical imaginary“ [4] nehme die Verhaltenstheorie die Zukunft der Big Society vorweg, in deren Richtung der Staat die BürgerInnen stoßen müsse. Straßheim und Korinek lassen es allerdings offen, ob diese Strategien auch wirklich die Effekte erzielen, die man sich von ihnen verspricht.

Arno Simons untersucht Zitationsnetzwerke im Diskurs über den Emissionshandel. Das Konzept des Handels mit Kohlenstoffdioxid-Zertifikaten begreift er als „policymaking through blueprints“ (S. 179). Der Autor vermerkt, dass der Bezug auf wissenschaftliche Dokumente in diesem Zusammenhang zur Legitimation politischer Ziele und zur Stabilisierung des Diskurses beitrage. Am Beispiel einer Direktive über den Emissionshandel zeigt Simons, wie sich Legitimität und Stabilität durch Zitation wissenschaftlicher Quellen herstellen lassen. Seine Rekonstruktion des hinter der Anweisung stehenden Zitationsnetzwerks zeigt, dass von vier Dokumententypen – akademischer und ‚grauer‘ Literatur sowie staatlichen und juristischen Dokumenten – akademische Texte am häufigsten vorkommen. Sie machen die Hälfte aller zitierten Literatur aus. Innerhalb dieses Netzwerks durchlaufe das wissenschaftliche Wissen sodann einen Übersetzungsprozess: So könnten vagere Vermutungen über die ‚Tauschbarkeit‘ von Emissionen in älteren akademischen Beiträgen in jüngeren zur Rechtfertigung einer Forschungsagenda über Emissionshandel herangezogen werden. Die Funktionalität von Emissionshandel werde, so vermutet der Autor vor diesem Hintergrund, ebenso durch die „authoritative claims“ des Zitationsnetzwerks als „socio-material infrastructure“ (S. 189) hergestellt. Es ließe sich einwenden, dass solche Translationen das Tagesgeschäft wissenschaftlichen Arbeitens sind. Von weiterem Interesse wären deshalb vor allem die Übersetzungsleistungen zwischen den Dokumententypen.

Insgesamt gibt der Band einen umfassenden Überblick über *politics in the making*. Die Lektüre zeigt allerdings weniger die von den Herausgebern anvisierte Produktion von Steuerungswissen (S. 11) im eigentlichen Sinne als vielmehr die Einsatzpunkte von Wissen, Programmen und ExpertInnen in politischen Prozessen – was nicht minder aufschlussreich ist. Wenn man es also genau nimmt, liegt der Schwerpunkt der Beiträge eher auf der Analyse der Verwendung von Wissen in politischen Kontexten, weshalb die tatsächlichen Wissensgehalte weniger zur Sprache kommen oder als gegeben behandelt werden. Welches Wissen aber eignet sich aus welchen Gründen für ein politisches Vorhaben – und welches nicht? Oder um die Machtfrage aufzugreifen: Welches Wissen neigt dazu, Herrschaftswissen zu werden? Empirisch unterrepräsentiert ist ebenfalls die Analyse der von Stirling notierten Machtabhängigkeit von Wissen. Welche Übersetzungsleistungen werden unter Maßgabe politischer Interessen erbracht, um akademisches Wissen über politische Steuerung zu justieren, umzuinterpretieren, mit anderen Wissensarten zu kombinieren oder zurückzuweisen? Unter welchen Umständen kann die

Implementation von Wissen scheitern? Die Beiträge des Bandes begeben sich auf ein Untersuchungsfeld, dessen Konturen noch nicht ganz nachgezeichnet sind. Sie liefern aber wichtige Impulse für Fragen, welche die Sozialwissenschaften in Zukunft mit Sicherheit noch stärker beschäftigen werden.

Fußnoten

[1] Thomas Gieryn, Boundary-Work and the Demarcation of Science from Non-Science. Strains and Interests in Professional Ideologies of Scientists, in: *American Sociological Review* 48 (1983), 6, S. 781-795.

[2] Sheila Jasanoff, Ordering Knowledge, Ordering Society, in: dies. (Hg.), *States of Knowledge. The Co-production of Science and Social Order*, London 2004, S. 13-45.

[3] Peter M. Haas, Introduction. Epistemic Communities and International Policy Coordination, in: *International Organization* 46 (1992), 1, S. 1-35.

[4] Sheila Jasanoff / Sang-Hyun Kim, Containing the Atom. Sociotechnical Imaginaries and Nuclear Power in the United States and South Korea, in: *Minerva* 47 (2009), 2, S. 119-146.